



KiBiz? Geht nicht!

Weshalb sich die
Kitas und Kindergärten
gegen das geplante
"Kinderbildungsgesetz"
wehren und warum
Sie sich daran
beteiligen sollten

Eine Info der AWO, des DRK, der
PARITÄTEN, der Evangelischen
Kirche, der Jüdischen Kultus-
gemeinde und der Landtags-
abgeordneten für Dortmund



Vi.S.d.P.:

AWO Dortmund
Andreas Gora

Vielen Dank

an die AWO-Kita
Witten-Heven und
das AWO-Familien-
zentrum Hörde, für
die Fotos und die frü-
hen Werke ihrer Kin-
der

sowie an Michael
Hüter für seine
schöne Karikatur.

KiBiz,

so heißt ein Gesetzentwurf der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Mit ihm will sie die Kinderbetreuung neu regeln. Die Politiker von CDU und FDP versprochen: KiBiz würde den Kitas und Kindergärten Freiräume schaffen, um sich speziell um ihre Kinder kümmern zu können. Durch KiBiz würde es mehr Bildungsangebote für die Kinder geben. Und: KiBiz würde gute Betreuung für mehr Kinder unter drei Jahren ermöglichen. Doch herausgekommen

ist Mumpitz!

KiBiz hält keines der Versprechen. Und – noch schlimmer: Den meisten Betreuungseinrichtungen bleibt durch KiBiz weniger Geld und Personal. Bewältigen müssen sie damit mehr Aufgaben. Und: 2008 kommen noch rund 34 000 Kinder unter drei Jahren hinzu!

Wir, die Träger der Kindergärten und Kitas, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Landtagsabgeordneten für die Stadt Dortmund, haben uns zusammengetan. Wir wollen eine Verschlechterung der Betreuung nicht hinnehmen. Wir rufen Sie auf:

Wehren Sie sich mit uns!

In dieser Broschüre erfahren Sie, worum es geht. Bitte nehmen Sie sich fünf Minuten Zeit.

“KiBiz finde ich nicht gut. Weniger



Fachpersonal und mehr Kinder – das kann doch nicht funktionieren!”

**Nadine Krämer,
Mutter**

Alle reden von Kinderbetreuung.



Zu Recht. Denn der Nachholbedarf ist groß – besonders in NRW. Für viele Kinder fehlen geeignete Betreuungsplätze. Deshalb bleiben meist ihre Mütter zu Hause, obwohl viele von ihnen arbeiten wollen. Und viele Kinder bleiben daheim, obwohl sie im frühen Kontakt zu Gleichaltrigen viel lernen könnten.

Betreuung ist eine Zukunftsfrage

Wir meinen: Wer in die Zukunft investieren will, muss heute bei den Kindern beginnen. Deshalb müssen Kitas und Kindergärten mehr Möglichkeiten erhalten. Mehr Geld für gut ausgebildetes Personal, mehr Geld für Spielsachen und Förderangebote. Und zwar jetzt!

KiBiz nutzt nicht – es schadet!

Deshalb lehnen wir das „Kinderbildungsgesetz“ von CDU und FDP vehement ab. Weil es die bestehenden Einrichtungen finanziell schwächt. Und weil es seinen Namen nicht verdient. Das Land verteilt seine Verantwortung für die Kinderbetreuung und -bildung auf andere. Auf die klammen Kommunen, auf die Träger – und auf Sie.

Warum? Das lesen Sie auf den nächsten Seiten.



“KiBiz verlagert finanzielle

Risiken auf Träger, Kommunen und Eltern. Die Angebote werden sich verschlechtern. Es darf nicht sein, dass Bildung letztlich nach Kassenlage erfolgt.”

Gerda Kieninger,
Vorsitzende der
Arbeiterwohlfahrt
Dortmund und MdL

So wirkt KiBiz:

1. KiBiz ist ein Spargesetz.

150 Millionen Euro mehr versprach Minister Laschet den Einrichtungen mit dem neuen Gesetz. Doch diese Summe deckt nur die Kürzungen der letzten Jahre. Zudem: Das Geld ist bereits verplant. Nur ein Bruchteil fließt in Familienzentren und in die Sprachförderung.

Statt kräftig in Betreuung zu investieren wird mit KiBiz kräftig gespart: An den Personalkosten beteiligt sich das Land nur noch mit einer

Pauschale. Berechnet wurde sie anhand der Löhne junger Mitarbeiter. Doch viele ältere haben einen weit höheren Lohnanspruch.

An den Einrichtungen selbst wird auch gespart: Dort, wo seit 2005 die Sachkosten stiegen (z.B. bei der Energie), werden die Träger auf Mehrkosten sitzen bleiben.

So hinterlässt das Land mit seinem Gesetz große Finanzlücken. Für sie werden die Kommunen und die Träger haften müssen.

2. KiBiz baut Personal ab.

Eigentlich sollte KiBiz die Betreuung von Kindern unter drei Jahren verbessern. Doch selbst hier wird massiv gekürzt. Künftig werden nur noch zwei Fachkräfte für zehn Unterdreijährige zuständig sein. Probieren Sie das mal zu Hause aus!

Darüber hinaus wird es keine freigestellten Leitungskräfte mehr geben. Und zusätzliches Personal in sozialen Brennpunkten wird ebenfalls gestrichen.

Die Aufgaben mehren sich, doch die Teams in den Einrichtungen werden radikal ausgedünnt.

3. **KiBiz schafft große Gruppen.**

Für die Höhe der Zuschüsse soll künftig die Zahl der Kinder entscheidend sein. Letztendlich verführt KiBiz also dazu, besser ein, zwei Kinder mehr in die Gruppen aufzunehmen, um auf diesem Weg die Kosten zu decken. Höchstgrenzen für die

Gruppengrößen definiert KiBiz nicht.

Kommen nun noch die Unterdreijährigen hinzu, wird für sie mehr als „sauber, satt und trocken“ nicht möglich sein. Frühkindliche Bildung und gute Betreuung? Wie soll das dann funktionieren?

4. **KiBiz macht Planung unmöglich.**

Künftig sollen die Eltern jedes Jahr unterschiedliche wöchentliche Betreuungszeiten für ihre Kinder buchen können: 25, 35 oder 45 Stunden. Das hört sich erst mal gut an.

Das Problem steckt im Detail: Die Nachfrage der Eltern entscheidet, wieviel Personal eingestellt werden kann. Dadurch, dass im nächsten

Jahr wieder alles anders sein kann, ist es den Kindergärten und Kitas nicht möglich, ihren guten Fachkräften auch langfristig Arbeit zu geben.

Die Folge: Die Arbeitsplätze werden deutlich unsicherer. Und die Kinder sind laufend von neuen Menschen umgeben. Dabei ist Kontinuität gerade für kleine Kinder wichtig.

5. **KiBiz bedroht kleine Einrichtungen.**

Die Finanzlage der Einrichtungen hängt vom Buchungsverhalten der Eltern ab. Gerade kleine Einrichtungen mit nur einer Gruppe können dies im jährlichen Wechsel nicht organisieren. Für eine Übergangszeit erhalten sie durch KiBiz noch einen Zuschuss. Spätestens danach droht ihnen das Aus.

Die kleinsten Einrichtungen werden zu den größten Verlierern. KiBiz gefährdet so die Vielfalt in der Betreuung.



6. **KiBiz führt zu höheren Elternbeiträgen.**

Das Gesetz legt die Elternbeiträge auf unrealistische 19 Prozent fest; denn im Landesschnitt werden nur 13 Prozent der Kosten durch die Eltern gedeckt. Die fehlenden sechs

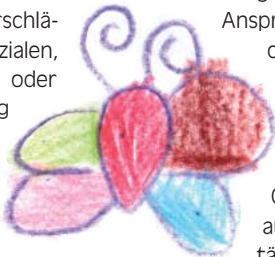
Prozent bleiben an den oftmals finanziell schwachen Kommunen hängen.

Kommunen, die bisher die Beiträge stabil hielten, kommen künftig nicht um eine Erhöhung umhin.

7. KiBiz ist kein Bildungsgesetz.

Im „Kinderbildungsgesetz“ finden sich überhaupt keine Vorschläge zur Förderung der sozialen, musischen, emotionalen oder motorischen Entwicklung – allein die Sprachförderung wird erwähnt.

KiBiz wird somit seinem Namen nicht gerecht. Ein gutes Be-



treungsgesetz muss den Anspruch auf bestmögliche Förderung aller Kinder verwirklichen.

Das bedeutet nicht nur mehr Quantität sondern auch viel mehr Qualität!

8. KiBiz ist nichts für Vollzeitbeschäftigte.

KiBiz bietet maximal 45 Wochenstunden Betreuungszeit. Einzelne Einrichtungen öffnen heute länger, bis zu 65 Stunden pro Woche.

Schlechte Karten für Eltern, die 40 Stunden arbeiten und einen weiten Weg zur Arbeit haben. Sie müssen für die Randzeiten zusätzlich ei-

ne Tagesmutter buchen und diese auch zusätzlich bezahlen.

Die 45-Stunden-Betreuung ist nur für ein Viertel aller Gruppen geplant. Buchen zu viele Eltern 45 Stunden, so werden einige abgewiesen. Auch Ihnen bleibt nur, für ihre Kinder ebenfalls Tagespflege zuzukaufen.

KiBiz?

Es geht auch anders.

CDU-Familienminister Laschet nennt KiBiz das „modernste Kindergartengesetz in Deutschland“. Das ist recht unverschämt. In anderen Bundesländern wurde sich mehr Mühe gemacht. SPD- wie CDU-geführte Länder planen oder halten das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei. Doch in NRW sollen die Eltern mehr zahlen – für schlechtere Betreuung. Dabei nimmt das Land deutlich mehr Steuern ein als früher.

Ein neues Gesetz ist nötig.

Es ist richtig, die Kinderbetreuung in NRW neu zu regeln. Ein neues Gesetz muss her, eines, das die Eltern entlastet, die Qualität der Betreuung und Bildung erhöht und neue Plätze für Kleinkinder schafft. Wir haben der Landesregierung oft unsere Hilfe angeboten. Sie hat sie ausgeschlagen.

Nun machen wir Druck.

Nichts ist Politikern unangenehmer, als vorgelegte Gesetze verändern zu müssen. Es ist ein großer Erfolg, dass die FDP nach anhaltenden Protesten laut über Änderungen an KiBiz nachdenkt. Nun müssen wir noch der CDU klar machen: KiBiz ist kein Stück modern! KiBiz bringt unser Land und unsere Kinder ins Hintertreffen!



“NRW gerät in Sachen frühkindliche Bildung weiter ins Abseits. (...) KiBiz wird die Auflösung verlässlicher Strukturen weiter beschleunigen. Ein fataler Irrweg.”

**WAZ, Kommentar,
31. Juli 2007**

Gegen KiBiz auf die Straße.



Der Landesregierung bläst in Sachen KiBiz ein rau-er Wind entgegen. Einrichtungen, Verbände und Eltern wehren sich – auch in Dortmund. Die Pro-teste haben bereits Zweifel in FDP und CDU ge-weckt. Daher:

Gemeinsam können wir KiBiz verhindern!

Kommen Sie zu den Aktionen!

Donnerstag, 6. September, 10 bis 13 Uhr
Innenstadt Dortmund, Friedensplatz
“Wir sehen rot, das KiBiz bringt die Not!”
**Aktionstag der Dortmunder Eltern-
initiativen im PARITÄTISCHEN,
gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen**

Unterstützen Sie die Aktionen, in dem Sie rot gekleidet auf den Friedensplatz kommen, Omas und Opas, Tanten und Onkel, Verwandte, Nachbarn und Freunde – alle sind eingeladen!

Samstag, 15. September

Zentrale Protestaktion in Düsseldorf

Wir fahren gemeinsam zum Landtag und ma-chen Druck. Gemeinsame Fahrt nach Düssel-dorf um 11.30 Uhr am Dortmunder Hbf.

Das Bündnis sind wir

Gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus den kommunalen Einrichtungen und den Elterninitiativen gehören in Dortmund Verbände der freien Wohlfahrtspflege als Träger von Tageseinrichtungen für Kinder und Familienzentren zu dem Bündnis gegen das geplante KiBiz.

Die beteiligten freien und kirchlichen Akteure sind:



Doch gegen KiBiz gibt es auch politische Verbündete. Zu ihnen gehören die Oppositionsparteien im Düsseldorfer Landtag. Unsere Aktionen unterstützen daher die vier

Landtagsabgeordneten der Stadt Dortmund, alle in der SPD



Prof. Dr. Gerd Bollermann
Gerda Kieninger
Annette Krauskopf
Harald Schartau

Ansprechpartner für diese Aktion:

Udo Katzorek
PARITÄTISCHER Do
Friedensplatz 7
44135 Dortmund
Tel.: 18 99 89-20



Haben Sie noch Fragen?

Dann helfen wir Ihnen gerne weiter. Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns über die Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten

Prof. Dr. Gerd Bollermann Mdl

Stockumer Str. 109
44225 Dortmund

Tel.: (0231) 7546092

E-Mail: gerd@gerd-bollermann.de

Gerda Kieninger Mdl

Badische Str. 57
44339 Dortmund

Tel.: (0231) 9852023

E-Mail: gerda.kieninger@landtag.nrw.de

Annegret Krauskopf Mdl

Rahmer Str. 251
44369 Dortmund

Tel.: (0231) 9672077

annegret.krauskopf-mdl@landtag.nrw.de

Harald Schartau Mdl

Brüderweg 10-12
44135 Dortmund

Tel.: (0231) 4775144

E-Mail: harald.schartau@landtag.nrw.de